



Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 29.06.2021

Niederschrift

über **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 28.05.2021, 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr per Videokonferenz

Anwesend waren:

Peter Krücker

Miriam Haseleu

Marion Heuser

Dilan Yazicioglu

Claudia Brock-Storms

Katja Hoyer

Jörg Detjen

Martin Erkelenz

Isabella Venturini

1. Sprecher Katholikenausschuss

2. Sprecherin Ev. Kirchenverband
Köln und Region

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

SPD- Fraktion

FDP- Fraktion

Fraktion Die Linke

CDU-Fraktion

Volt-Fraktion

Wolfgang Uellenberg van Dawen

Dorothee Bodewein

Martina Soesters

Marita Bosbach

Ulrich Prölß

Marianne Arndt

Klaus Adrian

Dr. Natalia Kühn

Nicola Markgraf

Annette de Fallois

Bernd Naumann

Sebastian Kusserow

Runder Tisch für Integration

Caritasverband Köln

Caritasverband Köln

DRK

Kölner Flüchtlingsrat

Willkommensinitiativen/AK Politik

Willkommensinitiativen/AK Politik

Synagogen-Gemeinde Köln

Rom e. V.

Diakonisches Werk Köln und Region

DPWV Köln

Jobcenter

Denise Klein	agisra e.V.
Slim Ben Mohamed	AK Muslimische Flüchtlingsarbeit in Köln
Mesut Mutlu	Koordination ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit in den Bezirken Porz und Lindenthal
Chiara Battaglia	Integrationsbeauftragte Aktion Neue Nachbarn
Hanna Machulla	DRK
Mathias Weingarten	Agentur für Arbeit Köln
Thomas Zitzmann	Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
Tim Westerholt	Clearingsstelle Migration und Gesundheit der Stadt Köln
Chiara Waßerka	MediNetz Köln
Dr. Heinrich Flammang	Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung
Hans-Jürgen Oster	Amt für Integration und Vielfalt
Bernd Taschenmacher	Amt für Soziales und Senioren
Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Susanne Kremer-Buttkereit	Amt für Integration und Vielfalt
Jens Klussmann	Amt für Integration und Vielfalt
Ulrike Willms	Ausländeramt
Klaus-Peter Völlmecke	Jugendamt
Birgit Werning-Györkö	Amt für Integration und Vielfalt
Neslihan Arıkan	Schritfführerin

I. Öffentlicher Teil**1 Protokoll der 79. Sitzung vom 26.02.2021**

Die Niederschrift der 79. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wird genehmigt.

2 Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

3 31./32. Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln
Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig fasst die Tagesordnungspunkte 2 und 3 zusammen und übermittelt folgende Informationen:

Gesamtzahl an untergebrachten Geflüchteten / Entwicklung

31.12.2020 6.176

30.04.2021 5.672

Die Unterkünfte für Frauen am Pantaleonsberg/ Altstadt-Süd und Pallenbergstraße/ Weidenpesch wurden zum 30.04.2021 aufgegeben. Als Ersatz sind zum 01.05. neue Wohnprojekte für Frauen am Schlehdornweg/ Altstadt realisiert worden.

Mit Stand 17.05.2021 ist die Nutzung der Beherbergungsbetriebe Ferdinandstr./ Mülheim, Venloer Str./ Bickendorf und Hotel Aachener Hof, Merkenicher Str./ Niehl beendet worden.

Derzeit sind folgende 7 Beherbergungsbetriebe (Stand 27.05.2021) mit insg. 322 Personen in Nutzung:

Objekt	Ha Nr.	Stadtd-Bezi rk	Stadtteil Name	U-Standard	Ist 30.04. 2021	
Blaubach	13	Blue Hotel	1	Altstadt-Süd	eSeK	49
Dellbrücker Hauptstraße	209	Hotel zum Bahnhof	9	Dellbrück	eSgK	15
Meister-Gerhardt-Straße	26	Elite	1	Neustadt-Süd	eSgK	29
Methweg	2	0	4	Neuehrenfeld	eSeK	36
Solinger Straße	1	Arena One	8	Kalk	eSgK	122
Stolberger Straße	2	Braunsfeldstudios	3	Braunsfeld	eSeK	48
Ursulagartenstraße	26	de Luxe	1	Altstadt-Nord	eSgK	23
						322

Die Auflösung folgender Standorte sei für 2021 in Planung:

- Hotel Elite, Meister-Gerhard-Straße zum 03.10.2021
- Hotel Arena One, Solinger Straße zum 31.10.2021

Geplante Sanierungsarbeiten und Neubau in 2021:

- **Umbau der Bonner Straße 478, Marienburg (ehem. Bonotel)** von der Notunterkunft zum Wohnheim durch Einbau von Etagenküchen im laufenden Betrieb wurde abgeschlossen (derzeit belegt mit 83 Personen)
- **Sanierung der 4 von BlmA gekauften Einfamilienhäuser Ikarusstraße/Ossendorf** (ehem. Offiziershäuser der belg. Armee) schreitet voran – Fertigstellung voraussichtlich im III. Quartal 2021 – eines wurde fertiggestellt und wird demnächst bezogen.
- **Lindweiler Weg/ Longerich:** Die Fertigstellung des System-Neubaus für 70 Personen verzögert sich bei einzelnen Wohneinheiten aufgrund eines Wasserschadens bis ins III. Quartal hinein.
- **Wohnung in Buschdorfer Straße/Raderthal für 6 Personen** (Ende II. Quartal)

Zur Internetversorgung ist bereits eine Verbesserung in einigen Einrichtungen durch eine Aufstockung der bestehenden Internetleitung erfolgt:

- 7 Standorte: Bandbreite wurde deutlich erweitert am Neubrücker Ring, Erbacher Weg, Neusser Landstraße, Blaubach, Koblenzer Straße, Urbacher Weg, Loorweg
- 4 große Standorte: Bandbreite wurde mittels Glasfaser auf 1 Gigabite/s erhöht an der Dürener Straße, Pastor-Wolff-Straße, Kalscheurer Weg, Schlagbaumsweg
- 2 Standorte: Angebotsbeziehung zur Verbesserung der Internetanbindung läuft
- 13 Standorte: Auftrag zur Aufstockung wurde erteilt, Bau- und Umrüstarbeiten sind in Vorbereitung oder finden derzeit statt
- 5 Standorte: keine Umsetzung geplant aufgrund zu hoher Kosten im Verhältnis Restnutzungsdauer des Standorts am Poller Holzweg, An den Gelenkbogenhallen, Weißdornweg, Winterberger Straße, Hermann-Heinrich-Gossen-Str.

Nähere Details sind der Beschlussvorlage 1105/2021 zu entnehmen.

Zur Pandemieentwicklung informiert Josef Ludwig, dass seit Ende Mai ein starker Rückgang der Infektionen zu verzeichnen sei. Mit Stand 26.05.2021 waren 66 Bewohner*innen in Quarantäne, davon 32 mit positiver Testung. Die Britische Mutante überwiege nach wie vor. Die südafrikanische Mutante sei nur vereinzelt verzeichnet worden. Seit Beginn der Pandemie seien 6 Verstorbene zu beklagen.

Zur Impfkation am 30.04.2021 informiert Herr Ludwig, dass ein Sonderkontingent von 1280 Dosen Impfstoff Johnson & Johnson des Landes NRW (MAGS) ausschließlich für Geflüchtete in „Gemeinschaftsunterkünften“ (= in nicht abgeschlossenen Wohneinheiten mit Gemeinschaftssanitär und / oder -küchen) zur Verfügung gestellt worden sei.

Bei der zweiten Impfkation am Dienstag, 25.05.2021 seien von 342 impfwilligen Geflüchteten, die eine Einverständniserklärung unterzeichnet haben, nur etwa 240 Geflüchtete und 10 Wohnungslose geimpft worden. Es herrsche eine große Impfskepsis.

Für die dritte Impfkation mit Restdosen, die sich an die großen Unterbringungseinrichtungen mit über 100 Personen richte, stehe das Datum noch nicht fest.

250 Impfdosen seien für Geflüchtete in der Erstaufnahme-Einrichtung des Landes NRW, Schönhauser Straße in Köln-Bayenthal, reserviert

Auf Nachfrage von Herrn Krücker bezgl. der Testungen in den Unterkünften informiert Herr Ludwig, dass ausschließlich anlassbezogene Testungen in den Unterkünften durchgeführt werden. Die Testbereitschaft liege bei 12 %. Der Krisenstab habe entschieden, das Modell der Reihentestungen nicht fortzuführen.

Herr Prölß möchte wissen, ob während der Impfkation muttersprachliche schriftliche Informationen zur Verfügung gestellt wurden und ob Integrationsmittler*innen vor Ort gewesen seien.

Herr Ludwig informiert, dass Fachkräfte der sozialen Arbeit und Sprachmittler*innen vor Ort gewesen seien. Der Soziale Dienst stehe vor der Herausforderung, mittels mehrsprachigem Infomaterial und Sprachmittler*innen Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten, um der Impfskepsis entgegenzuwirken.

Frau de Fallois fragt nach, ob Bewohner*innen in abgeschlossenen Wohneinheiten ebenso ein Impfangebot erhalten und ob für das allgemeine Besuchsverbot eine Änderung vorgesehen sei.

Herr Ludwig informiert, dass ab dem 08.06. Bewohner*innen in abgeschlossenen Wohneinheiten geimpft werden. Ein allgemeines Besuchsverbot bestehe weiterhin. Je nach Verlauf der Pandemie werde in absehbarer Zeit eine neue Entscheidung herbeigeführt.

Herr Adrian regt an, Videodolmetscher*innen einzusetzen und fragt, ob Videos, die über die Impfung informieren, in verschiedenen Sprachen vorhanden sind.

Frau Machulla merkt an, dass sehr viel Aufklärungsarbeit notwendig sei und hierfür Aufklärungsteams mit verschiedenen Sprachkompetenzen gebildet worden seien. Infomaterial sowie Videos in verschiedenen Sprachen seien ebenso vorhanden. Die ersten Einrichtungen sind bereits besucht worden mit teils positiven Rückmeldungen.

4 Informationen aus der Arbeitsgruppe „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in Köln“ **Sprecherin des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen, Frau Haseleu**

Die Arbeitsgruppe hat sich zweimal getroffen. Die Gliederung sei angepasst worden mit der Ergänzung des Punktes „Ehrenamt“. Aktuell arbeite die Gruppe in Unterarbeitsgruppen an der Zielsetzung. Das Ergebnis soll in der Sitzung im November vorgestellt werden.

5 Stellungnahme des MKFFI bezgl. der „Förderrichtlinie Soziale Beratung von Geflüchteten“
Amt für Integration und Vielfalt, Herr Oster

Herr Oster informiert über die Beantwortung des MKFFI zu dem Schreiben des RuTiFf vom Dez. 2020 bezgl. der „Förderrichtlinie Soziale Beratung von Geflüchteten“. Im Ergebnis habe das MKFFI mitgeteilt, die ursprünglich angepasste Regelung zu den Fördersätzen weiterhin fortzusetzen. Die Beantwortung wurde vorab den Teilnehmer*innen des RuTiFf zur Verfügung gestellt.

Herr Prölß beschreibt, dass im Einzelfall über den Förderhöchstsatz hinausgehende Bedarfe auf anderem Wege zu finanzieren seien. Wichtig für die Politik sei es zu verstehen, in welcher Lage die Träger sind, die diese Landesförderung erhalten.

Herr Krücker erläutert, dass aus Trägersicht die Mischkalkulation unvermeidbar sei. Träger, die nach Tarif bezahlen, seien benachteiligt. Er halte dies für eine sozialpolitisch falsche Ausrichtung.

Frau Heuser merkt kritisch an, dass hierdurch die Verantwortung in Richtung Ehrenamt gelenkt würde, da die Leistung offensichtlich nicht anders zu finanzieren sei.

Herr Krücker wünscht sich Regelungen, die sich an den tatsächlich entstehenden Personalkosten orientieren und bittet die Politik, ggf. über ihre politischen Kanäle, auf das Ministerium Einfluss zu nehmen.

6 Anonymisierter Krankenschein für Menschen ohne Papiere

Frau Bodewein informiert, dass es sich bei dem Thema „Anonymisierter Krankenschein für Menschen ohne Papiere“ um eine gemeinsame Initiative von Diakonie, Flüchtlingsrat und Caritasverband handelt.

Ebenso aktiv seien die anwesenden Akteure der Malteser Medizin und des MediNetz, die sich mit verschiedenen Aspekten zu der Lebenssituation der Menschen ohne Papiere in Köln befassen und zum Teil inzwischen zum festen kommunalen Leistungsangebot und zu Anlaufstellen für diese Personengruppen gehören.

Seit 2008 sei der RuTiFf vom Rat der Stadt Köln beauftragt, die Thematik irregulärer Migrant*innen in sein Aufgabenspektrum aufzunehmen und zu begleiten. Seit diesem Zeitpunkt gebe es das Kölner Netzwerk ‚Menschen ohne Papiere‘ mit den Beratungsstellen Agisra, Rom e.V., Kölner Flüchtlingsrat, Diakonie und dem Caritasverband.

Seit Oktober 2020 gebe es, verbunden mit der Initiative MediNetz, erneut Überlegungen zu einem anonymen Krankenschein für Menschen ohne Papiere. Dazu liege ein Positionspapier des Kölner Netzwerkes von Menschen ohne Papiere und der Initiative MediNetz, sowie eine Stellungnahme der Träger der Clearingstelle Migration und Gesundheit vor.

Frau Bodewein bittet um die Einrichtung eines Arbeitskreises, der ein fachliches Konzept für einen anonymen Krankenschein zur weiteren Diskussion mit der Politik und Verwaltung entwickelt.

Frau Waßerka von MediNetz Köln stellt im Rahmen einer Präsentation deren Konzept zum anonymen Krankenschein vor (Folien sind dem Protokoll beige-fügt).

Herr Dr. Flammang von der Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung betont die Notwendigkeit der Verbesserung der Zugänge zur medizinischen Leistungen. Trotz hoher Bereitschaft würden einige Krankheitsfälle den Handlungsrahmen einer solchen Einrichtung sprengen. Es werde versucht mit Kliniken vor Ort zu kooperieren. Er fände es gut, wenn es einen solchen Krankenschein oder Überweisungsformular gebe, denn dies sei eine sehr gute Möglichkeit ärztliche Leistungen breiter anzubieten

Frau Claudia Brock-Storms weist drauf hin, dass im Integrationsrat eine Anfrage zur Lebenssituation der Menschen ohne Papiere in Köln gestellt wurde.

Auf Nachfrage, ob die Stadtverwaltung an dem in der Beantwortung aufgeführten Umsetzungsmodell zur Einführung des anonymen Krankenscheins beteiligt ist, erklärt Herr Oster, dass die Anfrage unter Einbeziehung des Gesundheitsamtes beantwortet wurde und sagt zu, sich diesbezüglich noch einmal zu informieren.

Herr Westerholt von der Clearingsstelle Migration und Gesundheit der Stadt Köln informiert, dass es bislang einige Feedbackschleifen, bezogen auf die bisherige konzeptionelle Bearbeitung gegeben habe. Zu klären seien die versicherungsrechtlichen Möglichkeiten und auch die Frage zur Vernetzung einer solchen Struktur in bestehende Angebote.

Herr Uellenberg van Dawen begrüßt eine schnelle Einführung des anonymen Krankenscheins und bittet darum, die Zielgruppe konkret zu definieren.

Frau Bodewein merkt an, dass es nun sehr wichtig sei, die unterschiedlichen bilateralen Gespräche und Runden zu dem Thema zu bündeln. Die Entwicklung eines Konzeptes solle offiziell an ein konkretes Gremium angebunden werden.

Frau Heuser informiert, dass im Bündnispapier die ersten Hinweise zu der Erstellung des anonymen Krankenscheins für Köln als Zielformulierung zu finde seien. Aufgrund des pandemiegeschwächten Haushalts komme es für die Umsetzung drauf an, wie das Konzept konkret aufgestellt werde.

Herr Prölß merkt an, dass es für den anonymen Krankenschein ganz entscheidend sei, dass die Menschen ohne Papiere nicht identifiziert werden könnten. Daraus würden verschiedene Verfahrensweisen resultieren, die zeit-aufwendiger sein könnten.

Herr Oster hebt hervor, dass die Verwaltung in ihrer Mitteilung zum Ausdruck gebracht habe, ein konkretes Umsetzungsmodell zumindest in Aussicht zu stellen. Eine Arbeitsgruppe mit der Anbindung an den RuTiFf wäre daher sehr gut. Es seien sehr viele Punkt zu prüfen – eine schnelle Umsetzung werde daher nicht realisierbar sein.

Frau Bodewein schlägt vor, die Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Caritas, der Diakonie, dem Kölner Flüchtlingsrat, der Verwaltung / Gesundheitsamt sowie von MediNetz und der Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung zusammensetzen. Die Leitung könne Frau de Fallois vom Fachdienst Migration des Diakonischen Werkes Köln und Region übernehmen.

Herr Dr. Flammang regt an, ggf. Krankenkassenverbände und Medizinrechtler in die Arbeitsgruppe miteinzubinden.

Herr Krücker schlägt vor, bestehende Konzepte in der BRD oder in den Nachbarländern in Betracht zu ziehen.

Es besteht Einigkeit im RuTiFf darüber, die Arbeitsgruppe in der vorgeschlagenen Zusammensetzung einzurichten. Sie solle dann prüfen, inwieweit Vertreter*innen aus dem Bereich Krankenkassen / Medizinrecht ggf. temporär eingebunden werden könnten.

Herr Krücker bittet darum, über den aktuellen Stand der Arbeitsgruppe in der nächsten Sitzung zu berichten.

Herr Oster wird gebeten, die entsprechende Abstimmung in der Verwaltung bzgl. der Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden an der Arbeitsgruppe vorzunehmen.

**7 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
Kommunales Integrationszentrum, Susanne Kremer-Buttkereit / Jens Klussmann**

Frau Kremer-Buttkereit und Herr Klussmann stellen das Kommunale Integrationsmanagement vor. Die Folien sind dem Protokoll beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Uellenberg van Dawen informiert Herr Klussmann, dass es einzelne Pilotprojekte (allerdings nicht flächendeckend) in Köln gebe, bei denen der Hauptschulabschluss für 18-Jährige möglich sei. Das Bewerbungscenter der Tages- und Abendschule Köln (TAS) sei Projektpartner im Projekt Durchstarten in Ausbildung und Arbeit.

Auf Nachfrage von Frau Heuser informiert Frau Kremer-Buttkereit, dass KIM aus den Erkenntnissen von Einwanderung gestalten NRW entstanden sei. In Köln würden Durchstarten in Ausbildung und Arbeit und KIM auch organisatorisch gebündelt.

Frau Arndt stellt die Frage, wie man eine Möglichkeit schaffen könnte, um die Bildungskette zu komplettieren für Menschen, bei denen die Abschlüsse hier nicht anerkannt werden. Sie seien vielfach älter als 27 Jahre.

Frau Kremer Buttkereit erläutert, dass zwar mit der Altersbegrenzung ein Rahmen gesetzt sei, im Einzelfall jedoch das Casemanagement die Situation dieser Menschen genauer betrachten werde.

8 Wesentliche Mitteilungen der Verwaltung an die Fachausschüsse

**8.1 31. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
0980/2021**

- 8.2 Informationsflyer "Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) an Kölner Schulen" im Rahmen der interkulturellen Elternarbeit
3403/2020
- 8.3 Sachstandsbericht zum Projekt „Bildungslotsinnen und –lotsen“ 2020
3428/2020
- 8.4 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2020 in der Stadt Köln
0186/2021
- 8.5 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020
0661/2021
- 8.6 Beantwortung der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion AN 0008/2021 in der Sitzung des Integrationsrates am 12.02.2021
0383/2021
- 8.7 Zweiter Sachbericht zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen
3499/2020
- 8.8 Umbau der Unterbringungseinrichtung Herkulesstraße
0902/2021
- 8.9 Jahresbericht 2020 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1207/2021
- 8.10 Mitteilung zur Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion zur Lebenssituation von Menschen ohne Papiere in Köln – Modellprojekt „Anonymer Krankenschein in Köln„ starten?
1112/2021
- 8.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN
1105/2021
- 8.12 1. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1750/2021

- 8.13 Beantwortung der Anfrage zur Auflösung von Sammelunterkünften
1890/2021
- 8.14 Mitteilung zur Erweiterung des bisherigen Projektes "Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln" zum Programm "Bleibeperspektiven in Köln"
1809/2021
- 8.15 32. Bericht zur Situation Geflüchteter
1921/2021
- 8.16 Geplante Impfungen von untergebrachten Wohnungslosen und Geflüchteten vom Amt für Wohnungswesen
1865/2021
- 8.17 Beantwortung zum Wortbeitrag zu TOP 5.1 aus der Sitzung vom 26.04.2021
1769/2021
- 8.18 Nachfrage zum 31. Bericht zur Situation Geflüchteter bzgl. psychischer Erkrankungen
1699/2021

9 Verschiedenes

- Wechsel in der Sprecherrolle

Herr Krücker teilt mit, dass Frau Haseleu ab der nächsten Sitzung die Sprecher*innenrolle und damit auch die Sitzungsleitung übernehmen wird.

- Verabschiedung Herr Oster in den Ruhestand